

Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## Medienmitteilung

### ***Zusammenarbeit zwischen Schaffhausen und Baden-Württemberg wird weiter ausgebaut***

**Eine Delegation der Schaffhauser Kantonsregierung hat sich heute zu einem Arbeitsgespräch mit dem baden-württembergischen Minister für europäische Angelegenheiten Willi Stächele sowie mit dem Regierungspräsidenten des Regierungspräsidiums Freiburg i.Br. Sven von Ungern-Sternberg getroffen.**

Erstmals nach dem Amtsantritt von Ministerpräsident Günther Oettinger im April 2005 besuchte ein Minister des Landes Baden-Württemberg zur Pflege der guten nachbarschaftlichen Kontakte den Kanton Schaffhausen. Ein Besuch des Ministerpräsidenten ist auf 2006 geplant. Im Vordergrund des Gesprächs stand eine gegenseitige Orientierung über verschiedene aktuelle Dossiers wie die Zusammenarbeit am Hochrhein, die Entwicklung der Verkehrswege, der Swiss-Euro-Businesspark, die Entsorgung radioaktiver Abfälle sowie allgemeine Reformüberlegungen in den jeweiligen Verwaltungen.

Die beiden Regierungsdelegationen von Baden-Württemberg und Schaffhausen waren sich einig, dass Planungen zur Überwindung des bevorstehenden Engpasses der Verkehrskapazität in der Stadt Schaffhausen unverzüglich an die Hand zu nehmen sind. Dabei sind die umliegenden Kantone und das Bundesland Baden-Württemberg mit einzubeziehen. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs werden sich beide Seiten dafür einsetzen, dass der Ausbau der Bahnverbindung Zürich-Schaffhausen-Stuttgart und damit der Anschluss an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz zügig realisiert werden kann. Dadurch würde sich die Reisezeit von Zürich nach Stuttgart um mehr als einen Viertel reduzieren.

Beim Swiss-Euro-Businesspark erklärte sich die baden-württembergische Seite bereit, nach dem Regierungswechsel auf Bundesebene nochmals in Berlin vorstellig zu werden, damit die

Voraussetzungen zur Aufnahme von Staatsvertragsverhandlungen zur Realisierung des grenzüberschreitenden Projektes geschaffen werden können.

Die deutsche Seite brachte im Gespräch ihre Skepsis zur Planung eines Endlagers für radioaktive Abfälle im Zürcher Weinland zum Ausdruck. Die Schaffhauser Kantonsregierung wird weiterhin darauf hinwirken, dass der Entsorgungsnachweis nicht mit der Standortauswahl gleichgestellt werden kann und dass alternative Standorte geprüft werden müssen.

Die Vertreter beider Regierungen betonten die Offenheit der Diskussionen und lobten die langjährige gute nachbarschaftliche Beziehung. Insgesamt besteht zwischen Baden-Württemberg und dem Kanton Schaffhausen ein grosses Interesse an einem Weiterausbau der Beziehungen auf allen Ebenen und im Speziellen im Bereich der Wirtschaft und des Verkehrs.

Schaffhausen, 21. Oktober 2005

*Staatskanzlei Schaffhausen*

**Teilnehmende am Treffen:**

**Aus Schaffhausen:**

- Dr. Hans-Peter Lenherr, Regierungsrat Baudepartement
- Dr. Erhard Meister, Regierungsrat Volkswirtschaftsdepartement
- Dr. Reto Dubach, Staatsschreiber
- Liv Minder, Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen

**Aus Baden-Württemberg**

- Willi Stächele, Minister für europäische Angelegenheiten
- Sven von Ungern-Sternberg, Regierungspräsident Regierungspräsidium Freiburg i.Br.
- Anita Wochner, Ministerialrätin Staatsministerium Baden-Württemberg